

Beschäftigungsbezogene und soziale Aspekte der Strategie Europa 2020

Die beschäftigungsbezogene und soziale Dimension der europäischen Integration ist ein wesentliches Element der Strategie Europa 2020, die „integratives Wachstum“ sicherstellen soll. Vier Jahre nach dem Beginn ihrer Umsetzung hat die Kommission mit der Überarbeitung dieser Strategie begonnen. Das Europäische Parlament bereitet seinerseits eine Entschließung zu beschäftigungsbezogenen und sozialen Aspekten der Strategie Europa 2020 vor.

Die beschäftigungsbezogene und soziale Dimension der Strategie Europa 2020

2010 legte die EU mit der [Strategie Europa 2020](#) eine umfassende politische Agenda für das folgende Jahrzehnt mit dem Ziel vor, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern und gleichzeitig die soziale Dimension zu stärken. Die Strategie legt fünf Kernziele fest, von denen drei mit Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf der EU-Ebene verbunden sind: (1) Anhebung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf 75 %; (2) Senkung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdeten Personen um mindestens 20 Millionen; (3) Verringerung des Anteils der Schulabbrecher und Steigerung des Anteils der 30 bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss auf mindestens 40 %. Diese Zielsetzungen werden durch einzelstaatliche Ziele für jeden Mitgliedstaat ergänzt. Seit 2011 werden diese Programme jährlich auf EU-Ebene durch das [Europäische Semester](#) überprüft. Die Krise hat die Wichtigkeit von Arbeitsmärkten, Sozialsystemen und sozialer Eingliederung bei der Stärkung der sozioökonomischen Politik verdeutlicht und die Notwendigkeit der Stärkung der sozialen Dimension der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung der EU offengelegt. Im [Oktober 2013](#) hat die Europäische Kommission ein neues Frühwarninstrument – [den Fortschrittsanzeiger für beschäftigungs- und sozialpolitische Schlüsselindikatoren](#) – vorgeschlagen, um eine bessere Integration der Beschäftigungs- und Sozialpolitik in das Europäische Semester zu gewährleisten, was seit 2014 umgesetzt wird.

Vier Jahre später: Stand der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU

Nach vier Jahren schlug die Kommission vor, die Strategie Europa 2020 zu überprüfen, als sie am 5. März 2014 die Mitteilung [„Bestandsaufnahme zur Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“](#) vorlegte. Die wichtigste Schlussfolgerung der Mitteilung aus den ersten vier Jahren der Umsetzung der Strategie ist die Feststellung, dass der Fortschritt in Richtung der Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 durchwachsen war. Unter Berücksichtigung der letzten Tendenzen ist die EU auf dem Weg, [die Zielvorgaben](#) für die Bildung zu erreichen bzw. ihnen nahe zu kommen (Personen, die die Schule oder Ausbildung vorzeitig abbrechen im Jahr 2013: 12,0 % / Ziel 10 %; Quote der tertiären Bildungsabschlüsse: 36,9 % / Ziel 40 %). Dennoch ist der Fortschritt in Bezug auf die Beschäftigung uneinheitlich (Beschäftigungsquote im Jahr 2013: 68,4 % / Ziel 75 %) und schwach in Bezug auf die Armutsbekämpfung (von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen im Jahr 2013: 122,6 Millionen / Ziel: 96,4 Millionen). Ferner sind wachsende [Ungleichheiten](#) in der Verteilung von Reichtum und Einkommen sowie wachsende [Unterschiede](#) in der sozialen und Beschäftigungslage zwischen den Mitgliedstaaten feststellbar.

Europäisches Parlament

Das Parlament hat immer eine aktive Rolle bei der Formulierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der sozialen Bedingungen gespielt. Mit seinen Entschließungen [„Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“](#) und [„Stärkung der](#)

[sozialen Dimension der WWU](#)“ hat das Parlament aktiv an der Debatte über die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion teilgenommen. Es hat wiederholt betont, dass sozial- und beschäftigungspolitische Ziele in geeigneter Weise in das europäische Semester zu integrieren sind, indem die Sozialindikatoren verbreitert und verbindlich gemacht werden. Es hat auch seinen Wunsch bekräftigt, seine Rolle bei der Entscheidungsfindung auszubauen. Seit Beginn der achten Wahlperiode hat der Beschäftigungsausschuss einen [Entschließungsantrag](#) und mündliche Anfragen an die [Kommission](#) und den [Rat](#) zu beschäftigungsbezogenen und sozialen Aspekten der Strategie Europa 2020 vorbereitet, um die Debatte wiederzubeleben und beschäftigungs- und sozialpolitische Erwägungen mit den makroökonomischen Erwägungen gleichzustellen. Die Mitglieder sollten über die Entschließung nach einer Debatte über die Antworten von den anderen Organen in der Plenarsitzung im November abstimmen.